

## Die rote Meile (1)

### Die Beziehungsgeschichte zwischen SED und MfS in einem ausgewählten Ost-Berliner Wohnbezirk – die Parteistrukturen im Wohngebiet

Stefan Appelius

Viel ist über die Geschichte der SED und ihre Rolle im “Arbeiter- und Bauernstaat” publiziert worden. Seit dem Mauerfall hat sich eine Reihe von Autoren mit den Führungsstrukturen der SED und ihrer Politik beschäftigt. Doch davon, wie die ostdeutsche Staatspartei unterhalb der Bezirksleitungen in ihren Grundorganisationen – und zwar insbesondere in den Wohngebieten – funktionierte, weiß man noch immer wenig. Im Berliner Landesarchiv erhält man auf Nachfrage die Auskunft, die Wohnparteiorganisationen (WPO) seien angeblich weniger wichtig gewesen. Damit soll vermutlich entschuldigt werden, warum es aus diesem Bereich – bezogen auf Ost-Berlin – nur eine sehr minimale Überlieferung gibt, die sich auch daraus erklärt, daß sich die relevanten WPO-Akten bei den Verantwortlichen in den betreffenden Wohnbezirken verblieben sind. Doch was heißt “weniger wichtig”? Diese Kategorisierung bezieht sich nur auf den Aspekt, daß WPO-Funktionäre für höhere Parteiaufgaben nicht in Frage kamen, weil sie nämlich – wie hier aufgezeigt werden wird – bereits am Ende ihrer Karriere standen. Daß es deshalb weniger interessant oder gar weniger wichtig wäre, die WPO der SED und auch die jeweils im selben Wohnbezirk ansässigen Wohnbezirksausschüsse (WBA) der Nationalen Front zu erforschen, ist ein glatter Trugschluß, wie in diesem Aufsatz gezeigt werden soll.

Die Wohngebiete in den großen Städten waren durchnummeriert, in Ost-Berlin hatte jeder Bezirk eine eigene Numerierung. Der für diesen Aufsatz ausgewählte Wohnbezirk befindet sich in Treptow und trug zu DDR-Zeiten die Treptower Bezeichnung WB 041 bzw. – nach einem Neuzuschnitt der Wohnbezirke im Jahr 1970 – WB 057. Er umfaßt einen Teil der Fennstraße, die gesamte Hainstraße, einen kleinen Teil der Britzer Straße sowie einen Teil der Schneller- und Hasselwerder Straße. Das fragliche Gebiet ergab sich aus der Anzahl der dortigen Bewohner. Das heißt, daß andere, weniger dicht besiedelte Wohnbezirke von der Fläche her auch deutlich größer sein konnten. Die Besonderheit des hier ausgewählten Wohnbezirks besteht darin, daß die Kreisdienststelle Treptow des MfS, die sich bis 1983 in der Hasselwerder Straße befand, nur ein paar Schritte vom Wohnbezirk entfernt war und daß sich innerhalb des Wohnbezirks – nämlich in der Fennstraße 18 bis 22 a – in der Zeit von 1945 bis 1950 die Bezirkskommandantur Treptow der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) befand. Signifikant ist außerdem die Nähe zentraler Objekte des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), des Wachregiments des MfS in Adlershof (mit dazugehöriger Wohnsiedlung in Oberspree) und der 1951 gegründeten “Hochschule für Schauspielkunst” in der Schneller Straße. Daraus ergab sich im WB 41/57 – der deckungsgleich mit der SED-WPO 41/57 und dem WBA 41/57 der NF ist – eine Bewohnung mit überproportional vielen Behördenangestellten, Angehörigen der Volkspolizei (VP) und der NVA, in der es aber neben vergleichsweise wenigen Arbeitern auch einige Künstler gab. Insbesondere in der Hainstraße und in der Fennstraße lag der Anteil der Bewohner, die Mitglieder der SED waren, vor allem in den 1950er und 1960er Jahren teilweise bei geschätzten 80 Prozent, in einzelnen Häusern speziell in der Phase bis etwa 1955 auch 90 Prozent. Das dürfte in der Rückschau vor allem damit zu tun haben, daß die hier befindlichen, Ende der 1920er Jahre errichteten Wohnungen mit Fernheizung, Innentoilette und fließend

warmem Wasser einen hohen Standard hatten und in der Anfangsphase ausschließlich zentral “von oben” vergeben wurden. Der Bereich befindet sich direkt am Spreeufer und verfügte über einen von den Genossen selbst im Rahmen des “Nationalen Aufbauwerks” (NAW) angelegten eigenen kleinen Park (Hainpark) mit Bootsanleger. Bis 1973 gab es eine Straßenbahnverbindung in unmittelbarer Nähe. Bereits 1946 wurde mit SMAD-Genehmigung ein Angelverein gegründet, der als Angel- und Wassersportverein bis heute besteht. Auch der S-Bahnhof Schöneweide, der zu DDR-Zeiten auch als Fernbahnhof fungierte, war fußläufig innerhalb weniger Minuten erreichbar.

Ein signifikant hoher Anteil der Bewohner des WB 41/57 war in der Phase um 1950 beruflich vor allem aus Sachsen nach Ost-Berlin versetzt worden. Das erklärt auch, warum der Wohnbezirk bis zum Mauerfall anderen Bewohnern von Schöneweide als “die rote Meile” galt. Für sie war er ein gewissermaßen geschlossener Bereich, in dem “Ulbricht-Deutsche” lebten, während normale DDR-Bürger ohne Parteibuch nur minimale Chancen hatten, dort eine Wohnung zu ergattern.<sup>1</sup>

Für die Untersuchung der Geschichte des fraglichen Bereiches wurde neben Zeitzeugeninterviews auf die Auswertung von MfS-Akten auf der Basis der sogenannten Straßenkartei gesetzt. In dieser Kartei sind, nach Hausnummern sortiert, Angaben über die Bewohnung durch inoffizielle Mitarbeiter des MfS zu finden.<sup>2</sup> Darüber hinaus konnten auch einzelne Hausbücher ausgewertet werden, die sich noch in Privatbesitz befanden. Ergänzend werden Akten der Volkspolizei-Inspektion (VPI) Treptow – und der SED-Kreisleitung Treptow ausgewertet. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) des für diesen Bereich relevanten Volkspolizei-Reviere 234 und der dort eingesetzten “Freiwilligen Helfer” der Volkspolizei – im Volksmund “Hipos” (Hilfspolizisten) – und deren Funktion im Wohngebiet gelegt. Die Fragestellung war, wie weit die Bewohner der Hauptstadt der DDR über die WPO und WBA unter sozialer Kontrolle standen und welche Rolle die Abschnittsbevollmächtigten der VP mit ihren Helfern und darüber hinaus der DDR-Geheimdienst mit seinen verschiedenen Linien auf der Ebene der Wohnbezirke spielte. Wie sah die Kontrolle aus? Hat sie sich im Laufe der Dekaden verändert?

Während der Wohnbezirk also deckungsgleich mit dem jeweiligen WPO- bzw. WBA-Bereich war, hatten die örtlichen ABV im Zuschnitt andere Arbeitsgebiete. Bezogen auf die hier vorliegende Stichprobe aus Treptow umfaßten die örtlichen ABV-Revier des VP-Reviere 234 jeweils etwa zwei bis drei benachbarte Wohnbezirke, wobei sich jeweils zwei ABV in ihren Revieren gegenseitig vertraten, so daß die Revier auch bei Urlaub oder Krankheit immer mit “Kennern” der jeweiligen Wohnstrukturen besetzt waren. In der Regel waren diese ABV über viele Jahre, oft sogar über mehrere Jahrzehnte im Einsatz. Jeder im Wohngebiet kannte “seinen” ABV mit Namen – und der ABV kannte seinerseits jeden und alle Besonderheiten in seinem Revier. Der für den WB 41/57 zuständige ABV wohnte sogar über einen langen Zeitraum in dem fraglichen Wohnbezirk – vermutlich weil es dort eben besonders attraktive Wohnungen gab. Normalerweise wohnte ein ABV aber nicht in “seinem” Wohnbezirk, weil er im Rahmen seiner Revierzuständigkeit mehrere Wohnbezirke zu bearbeiten hatte.

Diese sehr engmaschigen Strukturen wurden durch die prinzipiell in jedem Haus bestehenden Hausgemeinschaften der Nationalen Front vervollständigt, zu denen neben den

---

1 Die Begriffe “Ulbricht-Deutsche” und “Rote Meile” fielen in Interviews des Verfassers mit Zeitzeugen, die zur fraglichen Zeit in anderen Teilen von Niederschöneweide lebten und dem SED-Regime kritisch gegenüberstanden.

2 Wie sich im Zuge der Bearbeitung zeigte, ist diese “Straßenkartei” unvollständig. Insbesondere HVA-Daten sind darin nicht erfaßt, es fehlen aber auch Angaben zu GI und IM anderer Linien.

HGL-Vorsitzenden – die in der Regel für eine Hausnummer, teilweise aber auch für mehrere Hausnummern zuständig waren – in jedem Haus ein Hausbuch-Beauftragter (HBB) und zumindest in den 1950er und 1960er Jahren auch noch die für die Verteilung von Lebensmitteln und Kohle zuständigen und bei Nachbarschaftsstreitigkeiten eingeschalteten Straßenvertrauensleute kamen. Mit allen genannten Aufgaben wurden, wie diese Studie ergeben hat, soweit vorhanden, ausschließlich zuverlässige SED-Genossen betraut. Ebenso wie die ABV amtierten auch die HGL-Vorsitzenden und Hausbuch-Beauftragten in der Regel über viele Jahre. Sie kannten sich also bestens in der Nachbarschaft aus. Die örtliche Kreisdienststelle des MfS wandte sich bei Wohngebietsermittlungen immer zuerst an die betreffenden ABV und HBB. Darüber hinaus gab es in der Abteilung VIII des MfS (“Operative Beobachtungen und Ermittlungen”) auch ein Verzeichnis, in dem zuverlässige, das heißt dem Regime ergebene “Auskunftspersonen” (AKP) aufgeführt wurden, die bei Wohngebietsermittlungen für die Geheimpolizei nützliche und detaillierte Angaben gemacht hatten. Es bedurfte also keineswegs primär des Einsatzes inoffizieller Mitarbeiter, um behördlicherseits bis in kleinste Einzelheiten hinein die Befindlichkeiten der Bewohner eines Wohnbezirks zu erfassen. Und tatsächlich gab es in dem hier untersuchten Wohnbezirk eine vor dem Hintergrund der überdurchschnittlich starken SED-Bewohnung bemerkenswert hohe Rate von GI und IM, dabei handelte es sich jedoch – wie hier noch gezeigt werden wird – primär um konspirative Wohnungen (KW) und Deckadressen (DA) der unterschiedlichsten Linien. Die im Wohngebiet lebenden IMS berichteten dem Geheimdienst in aller Regel von ihrem Arbeitsplatz. Berichte von IM über das Wohngebiet und die eigenen Nachbarn waren hingegen die Ausnahme.

Im Januar 1952 waren in der DDR durch die Änderung der Meldeordnung sogenannte Hausbücher geführt worden. Diese von der Volkspolizei herausgegebenen Hausbücher hatten einerseits genaue persönliche Angaben über sämtliche Hausbewohner und darüber hinaus über alle Personen, die sich länger als drei Tage als Besucher in einem Haus aufhielten, sowohl Untermieter als auch Besucher, zu enthalten, wobei auch die Staatsbürgerschaft von Besuchern registriert wurde – eine Regelung, die besonders auf Besucher aus der Bundesrepublik und West-Berlin abzielte. Als sogenannte Hausbuchführer wurden oft Frauen eingesetzt. Sie hatten den Angehörigen der Sicherheitsorgane sowie den Straßen- und Hausvertrauensleuten Einsicht in die Hausbücher zu gewähren, womit dem MfS über die Meldebehörden hinaus eine weitere wichtige Datenquelle bei der Überwachung des Alltagslebens zur Verfügung stand. Ab dem 1. Februar 1953 mußte in jedem Wohnhaus, selbst in jeder Kleingartenanlage ein Hausbuch geführt werden, anderenfalls drohten Geld- oder sogar Haftstrafen.

Mit den Hausbüchern kamen die ABV. Seit Oktober 1952 wurden in den Treptower Wohnbezirken VP-Angehörige eingesetzt, die sich Abschnittsbevollmächtigte nannten. Dabei handelte es sich um SED-Parteiaktivisten, denen zur Unterstützung Jugendliche, Frauen und Rentner zur Seite standen, die sich ehrenamtlich als “Helfer der Volkspolizei” betätigten und als Hoheitszeichen rote Armbinden trugen und über Ausweispapiere verfügten, die ihnen polizeiliche Hoheitsrechte verliehen. Ihre Aufgabe war es, Straftaten aller Art im Wohngebiet frühzeitig zu erkennen, wobei es sich neben der üblichen Kleinkriminalität, der Durchsetzung von Verkehrsregeln und Jugendvandalismus auch um die Verhinderung von Fluchtversuchen handelte. Jugendliche, die eine solche Funktion übernahmen, durften in Treptow sogar an einem eigens für sie organisierten Schießtraining teilnehmen. Der ABV als Parteiaktivist war seinerseits verpflichtet, an den WPO- und WBA-Sitzungen der ihm unterstellten Wohnbezirke in beratender Funktion teilzunehmen.

Das jeweilige WBA-Sekretariat setzte sich seinerseits zu einem Drittel aus SED-Genossen, einem Drittel Vertreter der Blockparteien und Massenorganisationen und einem Drittel "parteiloser Bürger" zusammen, wobei die Wahl der Delegierten zur WBA-Sekretariatswahl durch Hausversammlungen erfolgte, an denen die Bewohner der im Wohnbezirk befindlichen Mietshäuser teilzunehmen hatten.

Neben den verschiedenen Abteilungen und Hauptabteilungen des MfS arbeiteten auch der sowjetische Geheimdienst KGB und die Kriminalpolizei (VP-K) sowohl mit inoffiziellen Mitarbeitern als auch mit konspirativen Wohnungen. Es war also grundsätzlich möglich, daß in einem Haus inoffizielle Mitarbeiter verschiedener Dienststellen bzw. verschiedener Linien ein und derselben Dienststelle lebten. Das Spektrum der MfS-Dienststellen, die sich im WB 041/057 betätigten, reichte von der örtlichen Kreisdienststelle des MfS über die für die NVA und das Wachregiment des MfS zuständige HA I bis zur Auslandsaufklärung (HV A).

War eine Person geheimdienstlich "positiv erfaßt", durften andere Linien oder Dienste sich dieser Person und deren Wohnung nicht mehr bedienen. Es gab also grundsätzlich mehrere mögliche Wege, Erkenntnisse über Personen und Sachverhalte im Wohnbezirk zu erlangen. Einerseits geheimdienstlich, wobei das MfS trotz gegenläufiger Befehle fast ausschließlich SED-Mitglieder anwarb. Andererseits und vor allem aber durch die im Wohnbezirk aktiven Gliederungen der "Nationalen Front" bzw. durch die Aktivisten der Wohnparteiorganisationen der SED.

Mit der Leitung der Wohnparteiorganisationen waren grundsätzlich erfahrene, zuverlässige SED-Genossen beauftragt. Das waren in der Anfangszeit häufig Personen, die eine Anerkennung als Verfolgte des Nazi-Regimes (VdN) hatten, also ehemalige politisch Verfolgte, in der Regel frühere KPD-Mitglieder, die eine sogenannte VdN-Rente bezogen und von speziellen Privilegien profitierten. In späteren Jahren, als sich die Zahl der geeigneten VdN-Personen lichte, wurden diese Positionen gerne an kurz zuvor in Rente gegangene frühere Angehörige der bewaffneten Organe übergeben. Auch pensionierte frühere Amtsträger aus dem MfAA oder von Interflug kamen für diese Aufgaben in Betracht. Ihre Auswahl und Einsetzung erfolgte offenbar durch Beauftragte der SED-Kreisleitung. Im Bereich der HGL-Vorsitzenden amtierten in der Regel Berufstätige. Das bisher bekannte Spektrum der HGL-Vorsitzenden im WB 041/057 reicht von Sekretärinnen über Volkspolizei- und Armee-Angehörige bis zu MfS-Mitarbeitern. Der Chef der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksleitung des Ost-Berliner MfS amtierte beispielsweise weit über 20 Jahre gleichzeitig als – sehr aktiver – HGL-Vorsitzender in der Fennstraße. Die Berufung der HGL-Vorsitzenden ist unklar – sicher ist, daß sie nicht durch die betreffenden Hausbewohner gewählt wurden. Über die Ernennung befanden in der Regel die im betreffenden Haus lebenden SED-Mitglieder mit "hohem Parteilalter", die also bereits lange der SED angehörten.

Sowohl die HGL-Vorsitzenden als auch die HBB im WB 041/057 waren in den 1950er und 1960er Jahren überwiegend SED-Mitglieder. Das hing in letzter Konsequenz natürlich davon ab, ob es im betreffenden Haus geeignete SED-Mitglieder gab. Bei den WBA-Vorsitzenden dominierten ebenfalls die SED-Mitglieder, ihr Anteil lag in einer Gesamt-Ost-Berliner-Stichprobe der Nationalen Front in der ersten Hälfte der 1970er Jahre bei etwa 75 Prozent. Im Wohnbezirk 041/057 handelte sich ganz überwiegend um Frauen, die der SED angehörten.

Die Nationale Front war – soweit wir uns auf ihre Rolle in den Kreisen konzentrieren – die Dachorganisation aller Hausgemeinschaften, sie hatte überall in den Wohngebieten eigene Veranstaltungsräume, die bedarfsweise auch von der WPO 041/057, dem Nationalen Aufbauwerk (NAW), dem "Demokratischen Frauenbund Deutschlands" (DFD)

oder der "Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" (DSF) genutzt werden konnten. Im Treptower WBA 041/057 befand sich dieses Polit-Versammlungslokal in der Hasselwerder Straße 14.

Doch es kamen noch weitere Organisationen hinzu, durch die das Leben in der Nachbarschaft kontrolliert werden konnte. Das waren einerseits die Hauskassierer der Massenorganisationen, wozu neben dem DFD und der DSF im WB 041/057 vor allem die "Volkssolidarität" mit ihrer Geschäftsstelle in der Schnellerstraße/Ecke Fennstraße zählte.

Es bestand also innerhalb des Wohngebietes ein flächendeckendes, verschiedene Ebenen umfassendes System permanenter sozialer Kontrolle und Beobachtung, in dem nicht nur die Nicht-Teilnahme an Wahlen, sondern auch die Nicht-Beflagung der eigenen Wohnung an Staatsfeiertagen oder die Nicht-Teilnahme an Hausversammlungen akribisch notiert wurde. Der spätere amerikanische Stadtkommandant von Berlin, Oberst Frank L. Howley, hat in einem vertraulichen Schreiben an die Berliner Bezirksbürgermeister bereits 1945 die Einführung dieses "Unterdrückersystems" scharf kritisiert.<sup>3</sup>

Nachdem der südliche Teil des späteren Kommandanturgebäudes (Fennstraße 22 a) bereits am 20. Juni 1945 von den Russen besetzt worden war, kam es am 23. August 1945 schließlich zur Räumung des gesamten Komplexes. Alle in den Eingängen 18 bis 22 noch wohnenden Mieter wurden von den Russen auf die Straße gesetzt, als die 144 in der Kommandantur beschäftigten Soldaten (einschließlich Wachzug nebst zehn deutschen Dolmetschern und 15 deutschen Zivilangestellten) ihre neuen Büroräume bezogen. Viel Zeit blieb den bisherigen Mietern für ihren Umzug nicht. Üblicherweise gewährte die SMAD nämlich nur zwei Stunden Räumungsfrist.<sup>4</sup> Der kurze Straßenabschnitt wurde zur militärischen Sperrzone. In den Treppenhäusern des Kommandanturgebäudes gab es damals noch mit Messingstangen befestigte rote Läufer aus Kokos, die dem Gebäudekomplex mit dem Fahnenmast auf dem Schmuckplatz einen offiziellen Charakter verlieh.<sup>5</sup> Eine Zeitzeugin berichtete dem Verfasser, daß an dem Gebäude damals bauliche Veränderungen vorgenommen wurden und links und rechts vom Fahnenmast im Bereich der Loggias zusätzliche Hofeingänge geschaffen wurden<sup>6</sup>, um den Kasernencharakter der Anlage zu unterstreichen. Eine andere Zeitzeugin erinnert sich, daß an mehreren Stellen der Außenwand des Gebäudes straßenseitig oberhalb des Erdgeschosses Bretter mit je drei Hülsen montiert waren, die den Zweck hatten, darin Fahnen einzustecken.<sup>7</sup>

Die Bezirkskommandantur Treptow war wie eine Stadtverwaltung organisiert. Deren Befehlshaber Oberst Michail Arsenjewitsch Koschelew war sozusagen die oberste Instanz für die rund 100 000 nach Kriegsende in Treptow lebenden Menschen. Eine der ersten Maßnahmen der Russen bestand im Sommer 1945 darin, an den aus Niederschöneweide stammenden "Antifaschisten" Ernst Schneller zu erinnern, der im KZ Sachsenhausen ermordet worden war. Bereits im Spätsommer 1945 wurde deshalb die Berliner Straße, in der der frühere KPD-Reichstagsabgeordnete vor seiner Verhaftung gewohnt

3 LAB C-Rep 145-01 Nr. 131, S. 212.

4 LAB C-Rep 145-01 182.

5 Eine Anfang 1968 mit ihrer Familie ins Kommandanturgebäude eingezogene Zeitzeugin (Frau Vogt) berichtete dem Verfasser, daß die Wände ihrer Parterrewohnung in der Nr. 19 noch Malereien russischer Soldaten aufwiesen. Als die Russen den Komplex unter dem Kommando von Oberst Dimjohin räumten und das Kommandanturgebäude ab Juni 1950 wieder mit Wohnungen belegt wurde, waren die roten Läufer aus den Treppenhäusern verschwunden. Vermutlich wanderten sie als Kriegsbeute zur weiteren Verwendung in das militärische Hauptquartier der Russen nach Karlshorst.

6 Ingeborg Hoffmann (Berlin), 08.06.2016.

7 Diese Bretter und auch die "goldene Hausnummer" verschiedener Eingänge des Kommandanturgebäudes wurden bei einer Renovierung 1993 von Bauarbeitern entfernt bzw. zerstört.

hatte, in Schnellerstraße umbenannt. Schon zuvor verfügte der Oberst, daß alle Straßenschilder in seinem Herrschaftsgebiet zusätzlich zur deutschen Beschriftung eine gut lesbare kyrillische Beschriftung zu erhalten hatten. Das war wahrscheinlich schon deshalb eine Notwendigkeit, weil die Soldaten der Besatzungsmacht nach der Kapitulation der Wehrmacht im gesamten Bezirk dezentral untergebracht waren.

Zu den politischen Aufgaben von Bezirkskommandant Koschelew zählte auch die Einbestellung der Treptower KPD- und SPD-Vorsitzenden Franz Tuttlies und Paul Ickert in das Kommandanturgebäude, um ihnen im Herbst 1945 den Wunsch des Kremls nach einer “Zusammenlegung” der beiden Arbeiterparteien mitzuteilen. Aber auch die deutschen Amtsträger der Treptower Bezirksverwaltung gingen im Kommandanturgebäude ein und aus, sie hatten den für ihren Arbeitsbereich zuständigen sowjetischen Offizieren täglich mündlich über ihre Arbeit zu berichten. Jedwede Entscheidung des Treptower Bezirksbürgermeisters Paul Donner und seiner Mitarbeiter – selbst die Verlegung der verstreuten Gräber der gefallenen sowjetischen Soldaten aus dem Stadtgebiet auf den Friedhof Baumschulenweg – bedurfte der vorherigen Genehmigung durch die Siegermacht.

Es gab in der Bezirkskommandantur eine Wirtschaftsabteilung mit einem Wirtschaftskommandanten (erst Kapitän Chumenjuk, später Major Kirjuschin), der unter anderem für die lokalen Demontagen verantwortlich war. Außerdem existierte eine Handels- und Ernährungsabteilung, die unter der Leitung von Oberstleutnant Sorojedin stand, der zum Beispiel darüber zu entscheiden hatte, ob eine bestimmte Person eine bessere Lebensmittelkarteneinstufung erhielt oder nicht. Die Mitarbeiter der Abteilung Gesundheitswesen waren unter anderem für die Bekämpfung der damals weit verbreiteten Geschlechtskrankheiten zuständig. Die Abteilung für Volksbildung kontrollierte den gesamten Schulunterricht im Bezirk und konnte beispielsweise die sofortige Entlassung von Lehrern anordnen. Und die in der Kommandantur tätigen sowjetischen Kulturoffiziere hatten die Aufgabe, in der Bevölkerung gute Stimmung für die Sowjets zu machen. Zu dieser guten Stimmung trugen auch die Bürgersprechstunden der SMAD Treptow bei, die bis Mitte November 1946 immer dienstags und freitags in der Britzer Straße 26 stattfanden.<sup>8</sup> Während der Bürgersprechstunden pflegte Oberst Koschelew nämlich Kindern, die mit ihren Müttern kamen, belegte Brote zu schenken, die eigens zu diesem Zweck von seinen Untergebenen vorbereitet worden waren.<sup>9</sup>

Nachdem die Bezirkskommandantur 1950 geräumt worden war, vergingen mehrere Wochen, bis das Gebäude in der Fennstraße, das nun vom VEB Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) in Treptow (Baumschulenweg) betrieben wurde, einen neuen Verwendungszweck erhielt. Während es in einer Akte des Treptower Amtes für Kriegsschäden heißt, das Kommandanturgebäude sei fortan “zum größten Teil von Regierungsstellen” belegt worden<sup>10</sup>, läßt sich die Nutzung bei näherer Betrachtung der Bewohner deutlich konkretisieren. Bei den “Regierungsstellen” handelte es sich in den ersten Jahren – bis etwa 1956 – fast ausschließlich um Angehörige der Volkspolizei, die sich im Hausbuch als “Behördenangestellte” und “Verwaltungsangestellte” eintrugen. Diese Personen waren in der HVdVP in Niederschönhausen beschäftigt, so daß das Gebäude in jener Phase durchaus zutreffend als “VP-Wohnblock” bezeichnet werden kann.

---

8 Das Haus Britzer Straße 26 gehörte ebenfalls zur Kommandantur und wurde von der SMAD bereits seit Anfang Juni 1945 genutzt. Ob es sich dabei um die SMAD-Ortskommandantur Niederschöneweide handelte, ist unklar.

9 KL SED Treptow 1986, S. 2.

10 LAB C-Rep 105 18635.

In der Nr. 19 gab es 1950 unter den Erstbeziehern auch einen verdienten Parteiveteranen (74) nebst Gattin (56), die aus der Emigration zurückgekehrt waren und nach Erkenntnissen der Staatssicherheit "als die besten Genossen der Straße" galten.<sup>11</sup> Das "Best-Genossen-Paar" zog bereits 1953 in die Stalinallee (Block G-Nord) um. Mit Ausnahme der Witwe eines in polnischer Kriegsgefangenschaft verstorbenen NSDAP-Mitglieds, die 1950 mit ihren Kindern in die Nr. 18 zurückkehren durfte, in der sie seit 1936 mit ihrem Mann gewohnt hatte, und einer Arbeiterin aus der Nr. 22 a, die 1937 NSDAP-Mitglied geworden war, kehrte keiner der übrigen Altmietler in das geräumte Kommandanturgebäude zurück.

In der Nr. 19 fand sich neben dem hauptamtlichen Parteisekretär der Obersten Staatsanwaltschaft der DDR nebst seiner der SED angehörenden Ehefrau, die das Amt des "Straßenvertrauensmanns" im Wohnbezirk ausübte, unter anderem ein Mitarbeiter der Sicherheitsabteilung beim ZK der SED, der zuvor als Major in der Politabteilung der Volkspolizei gewirkt hatte, sowie ein Major in der Kaderabteilung beim Präsidium der HVdVP, dessen Ehefrau als Vorsitzende im Konsumvorstand Niederschöneweide amtierte. Ebenfalls zu den Erstbewohnern zählte ein Abteilungsleiter in der HVdVP, der bis zu seiner Festnahme durch die Gestapo (1936) als Stadtgebietleiter der illegalen KPD in Berlin-Buchholz im Einsatz war. Nach der Entlassung aus dem Zuchthaus Brandenburg war er zum Strafbataillon 999 eingezogen worden.

Hinzu kamen in der Nr. 19 vor allem in den 1950er Jahren Staatsanwälte, da das ostdeutsche Justizsystem ja mit ideologisch linientreuem Personal komplett neu aufgebaut werden mußte. Diese Staatsanwälte wohnten fast alle zur Untermiete. Wenn der Charakter als "VP-Wohnobjekt" sich ab Mitte der 1950er Jahre langsam veränderte, so vor allem aus zwei Gründen: Zum einen waren 1951 auf höchsten Befehl ("Chefbefehl") hin sämtliche VP-Angehörige aus der HVdVP entlassen worden, die sich in englischer Kriegsgefangenschaft befunden hatten. Der Hintergrund war, daß die Engländer in ihren Gefangenenlagern gezielt einzelne deutsche Soldaten auf geheimdienstliche Aktivitäten in der Sowjetischen Besatzungszone vorbereitet hatten. Gleich mehrere Bewohner des Kommandanturgebäudes waren von dem Entlassungsbefehl betroffen und mußten sich einen anderen Arbeitsplatz suchen. Hinzu kam, daß einige Ehen in die Brüche gingen. Die betreffenden Männer, die gegen die strengen Moralvorstellungen der Staatspartei verstoßen und ihre Frauen betrogen hatten, wurden in der Regel rigoros aus dem Polizeidienst entfernt. Sie kamen teilweise in verschiedenen Ministerien unter. Ein nicht unerheblicher Teil der geschätzten Personen entschied sich aber auch schon frühzeitig, der DDR den Rücken zu kehren und in den Westen abzuhausen. So auch ein im Kommandanturgebäude (Nr. 19) wohnender ehemaliger VP-Rat, der nach seiner Entlassung aufgrund des "Chefbefehls" als Abteilungsleiter HO-Gaststätten in die HO-Landesleitung wechselte.<sup>12</sup> Gegen ihn war bereits ein Parteiverfahren eingeleitet, weil er lieber einen Boxkampf in der Werner-Seelenbinder-Halle besucht hatte, als zum "SED-Parteilehrjahr" zu gehen. Der 41jährige Mann war als geheimer Informator mit dem Decknamen "Stiefel" für den Staatssicherheitsdienst aktiv. Er floh unter Zurücklassung seiner gesamten Wohnungseinrichtung am 26. Oktober 1953 kurz vor Mitternacht mit mehreren Koffern nach West-Berlin, nachdem er sich noch am selben Abend letztmalig mit seinem Führungsoffizier getroffen hatte.

Die bis Ende der 1960er Jahre amtierende Vorsitzende des WBA 41 wohnte seit 1954 im Kommandanturgebäude. Sie war Mitglied und hauptberuflich politische Mitarbeiterin der SED KL Treptow, mit einem Offizier der Deutschen Volkspolizei (Feuerwehr)

---

11 BStU MfS AIM 11073/69, S. 101.

12 BStU MfS AIM 1782/54.

verheiratet und fungierte seit 1968 zugleich als Hausbuch-Beauftragte der Nr. 19. Als WBA-Vorsitzende der Nationalen Front war sie Teil des sogenannten "Parteiaktivs" der SED, das in städtischen Wohngebieten von den zuständigen Kreisleitungen gebildet wurde. Darin wurden die qualifiziertesten und erfahrensten Genossen zusammengefaßt, um in einem bestimmten Bereich politisch zu wirken. Diesen Genossen standen die Agitatoren der jeweiligen WPO und – von Dienst wegen – der für den Wohnbezirk zuständige Genosse ABV zur Verfügung. Ihre Aufgabe war es, die führende Rolle der Partei im Wohngebiet zu betonen und an der Schaffung einer "wirklichen sozialistischen Menschengemeinschaft im Wohngebiet" mitzuwirken. Ihre Vorgängerin als Hausbuch-Beauftragte in der Nr. 19, die diese Funktion seit Anfang 1953 innehatte, war bereits 1932 Mitglied der KPD geworden. Beide Frauen waren auch geheimdienstlich tätig. Die WBA-Vorsitzende nur für verhältnismäßig kurze Zeit, ihre Vorgängerin als Hausbuch-Beauftragte hingegen als "KW" für den KGB und anschließend für das MfS über viele Jahre hinweg, wobei die "Miete" des MfS für das fragliche Zimmer eine willkommene Aufstockung der schmalen Rente darstellte.

Wer in dieser streng organisierten Gesellschaft "aus der Reihe tanzte" zog das Interesse der Sicherheitsorgane auf sich. Das waren vor allem rebellierende Heranwachsende, Jugendliche, die sich durch längere Haare, westliche Kleidung oder das Hören westlicher Musik verdächtig machten. Auch Halbstarke und Jugendliche, die in der Schule ungenügende Leistungen erbrachten, standen unter besonderer Beobachtung. Besonders verdächtig waren allerdings parteilose Personen, die sich nicht gesellschaftlich betätigten und womöglich auch die Teilnahme an Hausversammlungen ablehnten.

Aus der Reihe tanzen – das konnte in den Anfangsjahren der DDR schon heißen, daß die Ehefrau eines Volkspolizisten in einem VP-Wohnobjekt selber kein SED-Mitglied war und demonstrativ nicht an Gemeinschaftsaktivitäten der Nachbarschaft mitwirkte. Die MfS-Akten der Bewohner der Fennstraße 19 aus den 1950er Jahren belegen, wie sich Volkspolizisten gegenseitig belauerten und zum Beispiel Dossiers über ihre Nachbarn anfertigten. In einer Übersicht "Einstellung der Frauen von VP-Angestellten aus den Häusern Fennstr. 19, 20 und 20 a" hieß es zum Beispiel "beteiligt sich nirgends, besucht keine Versammlung" oder "fährt des öfteren bei Dienstfahrten ihres Mannes mit zur Grenze".<sup>13</sup> In einem anderen Fall fiel die Ehefrau eines untadeligen hohen Offiziers aus der HVdVP wegen ihrer Nichtbeteiligung an Hausversammlung, kritischer Bemerkungen ("Vor einigen Jahren hat Frau S. zum Ausdruck gebracht, daß sie schon wisse, wer die 400-Prozentigen im Haus seien und im geeigneten Moment würde sie die zur Meldung bringen") und ihres freundschaftlichen privaten Kontakts mit "negativ" eingestellten, parteilosen Nachbarn unangenehm auf. Ihr Verhalten führte schließlich dazu, daß ihr Ehemann auf einen Posten in der Provinz versetzt wurde: "Obgleich nicht bewiesen ist, dass die Ehefrau des Gen. S. polizeiliche Belange, soweit sie ihr zur Kenntnis gelangt sind, weitervermittelte, ist es doch aus Sicherheitsgründen erforderlich, dass diese Beziehungen in Berlin gelöst werden. Gen. S. ist ein außerordentlich zuverlässiger Offizier der auch in der Vergangenheit bewiesen hat, dass er treu zur Sache der Arbeiterklasse, zur Arbeiter- und Bauernmacht steht. [...] Fehlerhaft ist, dass es der Gen. Oberstleutnant S. nicht energisch genug versteht, dass nicht richtige Verhalten seiner Ehefrau in Ordnung zu bringen."<sup>14</sup> Was genügte, den Gen. Oberstleutnant S. von einem Tag auf den anderen Anfang 1960 aus der HVdVP abzuziehen und in die Provinz zu entsenden.

13 BStU MfS AIM 6149/57 P, S. 15 f.

14 BStU MfS BV Gera AIM 1322/71 Teil I, S. 43.





*Subbotnik der Mitglieder der HGL der Hainstr.38 vor beflaggter Fassade.*

Die HGL-Vorsitzenden hatten die Aufgabe, in ihren Objekten bedarfsweise kleinere Reparaturen durchzuführen (oder die Reparaturen zu veranlassen) und gemeinsam mit den Bewohnern im Rahmen sogenannter Subbotniks die Pflege der zum Haus gehörigen Grünanlagen zu gewährleisten. Subbotniks waren freiwillige unbezahlte Arbeitseinsätze, die in der Regel an Wochenenden stattfanden. Freiwillig bedeutet hier, daß die Nichtteilnahme anderen Stellen zur Kenntnis gelangte und womöglich für die Verweigerer – sofern diese keine triftigen Entschuldigungen hatten – mit Konsequenzen verbunden war. Die für Reparaturen erforderlichen Baumaterialien und Werkzeuge wurden von der KWV zur Verfügung gestellt und im nächstgelegenen Reparaturstützpunkt<sup>15</sup> abholbereit gelagert. Was es dort nicht gab, mußte auf anderen Wegen beschafft werden, berichtete dem Verfasser ein langjähriger früherer HGL-Vorsitzender. In den 1960er Jahren zählte auch das Kassieren der Miete zu den Aufgaben eines HGL-Vorsitzenden oder eines speziell damit beauftragten Mitglieds einer HGL.

Trotzdem wäre es falsch, den HGL-Vorsitzenden gleichsam auf die Funktion eines “roten Hausmeisters” zu reduzieren. Die HGL der Fennstraße 12, 12 a und 13<sup>16</sup> – quer gegenüber dem Kommandanturgebäude – verfügten neben ihrem bereits vorgestellten HGL-Vorsitzenden, der hauptberuflich die AKG des MfS Berlin leitete, auch über einen stellvertretenden HGL-Vorsitzenden sowie – unter anderem – einen Bewohner für “politisch-ideologische Arbeit und Sichtagitation in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der WPO”, einen Bewohner für “Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit” sowie den hier bereits vorgestellten Hausbuch-Beauftragten. Ob die Zusammensetzung der Mitglieder dieser HGL typisch war, oder ob diese HGL aufgrund der beruflichen Tätigkeit des HGL-Vorsitzenden – es handelte sich um den langjährigen Leiter der Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG, später AKG) der Verwaltung des MfS Groß-Berlin, einen Oberstleutnant des MfS, Mitglied der Zentralen Parteileitung des MfS BV Berlin – über besondere Positionen verfügte, ist unklar. Die Ehefrau dieses auch gesellschaftlich stark engagierten MfS-Offiziers führte das

<sup>15</sup> Als Leiterin des NAW-Aktivs und Reparaturstützpunkts des WB 057 amtierte Ende der 1960er Jahre eine Frau, die bereits seit 1925 der KPD angehörte. Sie wurde 1935 in Leipzig verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer siebenmonatigen Haftstrafe verurteilt und nach 1945 als “Verfolgte des Nazi-Regimes” (VdN) anerkannt. 1950 in die Hainstraße verzogen, amtierte sie unter anderem als “Helfer der Volkspolizei”. Nach ihrem Tod (1980) erhielten ihre Angehörigen das Recht, ihre sterblichen Überreste auf dem Städtischen Friedhof Baumschulenweg in der Gräberanlage “Revolutionäre Kämpfer gegen den Faschismus, Verfolgte des Nazi-Regimes und bedeutende Persönlichkeiten” zu bestatten.

<sup>16</sup> LAB C-Rep 060-02.

Hausbuch. Der gelernte Tischler verdiente sich seine ersten Sporen im Rahmen der MfS-Aktion "Rose", nachdem ihn die Kreisdienststelle des MfS Treptow kurz nach dem Mauerbau 1961 zur Einsatzleitung beim Rat des Stadtbezirks Treptow delegiert hatte: "Hier hat er in Tag- und Nachteinsätzen dafür Sorge getragen, dass alle uns bekannten negativen Kräfte, die in der Nähe der Staatsgrenze wohnhaft waren, aus operativen Gründen umgesiedelt wurden. Weiterhin ist es seiner Initiative zuzuschreiben, dass die freiwerdenden Wohnungen und Laubengrundstücke an IM der Kreisdienststelle bzw. anderer Dienstseinheiten vermietet wurden. Durch diese Maßnahme wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass die Kreisdienststelle bei besonderen Vorkommnissen an der Staatsgrenze sofort die notwendigen Informationen erhält."<sup>17</sup> Anfang der 1960er Jahre wurde eine geplante Festnahme eines wegen Fluchtverdachts bearbeiteten, im Wohnbezirk lebenden Lehrers sogar an einem Wochenende über etliche Stunden hinweg aus der Privatwohnung dieses überdurchschnittlich engagierten Stasi-Offiziers heraus gesteuert. Während der Rückblick von Zeitzeugen auf die Tätigkeit der damals bestehenden HGL vor allem auf den Zusammenhalt und gemeinsame Feiern gerichtet ist und in der Regel sehr positiv ausfällt, darf auch die politische Bedeutung dieser Strukturen für das SED-Regime nicht unterschätzt werden. So hatten die Hausgemeinschaftsleitungen im WB 041 gemeinsam mit den Agitatoren der WPO 041 mit den Bürgern ihres Wohngebietes 1968 die "Volksaussprache" über die neue DDR-Verfassung zu führen, bevor die Bewohner im Rahmen von Hausversammlungen "einstimmig" für die neue Verfassung stimmen durften. Die HGL-Vorsitzenden selbst nahmen regelmäßig an Schulungen der Nationalen Front teil. Über den HGL-Vorsitzenden eines bestimmten Bereiches stand zusätzlich der jeweilige Blockgemeinschaftsleiter, womit ein zusätzliches Kontrollinstrument bestand, um die Aktivitäten der HGL und deren Vorsitzenden stets unter Kontrolle zu behalten.

Bei den monatlich stattfindenden Hausversammlungen – die anfangs jeweils wechselnd in Mietwohnungen, später häufig in eigenen Clubräumen stattfanden – ging es zwar auch um Reparaturen und die gemeinschaftliche Pflege von zum Haus gehörenden Grünflächen, vor allem aber um politische Fragen. Es gab zwar durchaus HGL, die eigene Gemeinschaftsbibliotheken oder sogar Spielplätze errichteten. Die wichtigste Aufgabe der Hausgemeinschaften in der DDR bestand aber in der "Erziehung" der Mieterkollektive: "Dort soll auch immer der enge Zusammenhang zwischen der Arbeit des einzelnen im Betrieb, seinem Leben in der Hausgemeinschaft und der Politik unseres Staates an den praktischen Beispielen in der Hausgemeinschaft herausgearbeitet werden", hieß es etwa in den 1962 von der Nationalen Front verabschiedeten "Hinweisen zur Förderung des sozialistischen Gemeinschaftslebens in den Hausgemeinschaften". Im Vorfeld von SED-Parteitag fanden eigene "Genossenversammlungen" der Hausgemeinschaften statt, die zeigen, daß die Hausgemeinschaften, insbesondere die HGL-Vorsitzenden auch direkte Parteaufgaben wahrnahmen, zumal es in den Wohnbezirken ohnehin eine enge Arbeitsbeziehung zwischen der WPO, der WBA und den HGL-Vorsitzenden gab.

Das führt nun zur Frage, wie präsent das MfS in einem solchen, überproportional hoch von zuverlässigen SED-Genossen bewohnten und kontrollierten Wohnbezirk war. Im WB 057 lag der Organisationsgrad (= Anteil der SED-Mitglieder bezogen auf die volljährigen Gesamtbewohner des Bereichs) auch in den 1970er und 1980er Jahren schätzungsweise bei 30 bis 40 Prozent der Bewohner, während der Durchschnitt (bezogen auf die Gesamtbevölkerung der DDR) nach SAPMO-Schätzungen nur weniger als 15 Prozent betrug. War ein solches Objekt für den DDR-Geheimdienst ähnlich tabu wie

---

17 BStU MfS BV Berlin KS II 69/89, S. 73.

die Funktionärssiedlung in Wandlitz, in der Ulbricht und Honecker hinter schützenden Mauern ihr privilegiertes Leben führten?

Zwar durfte das MfS laut der "Richtlinien für die Ermittlungsführung" in einem ausschließlich von NVA-Angehörigen bewohnten Objekt wie der Fennstraße 21 "keine konspirativen Ermittlungen" durchführen.<sup>18</sup> Das schloß aber nicht aus, daß ein dort wohnender SED-Genosse, der in den 1960er Jahren Politoffizier im Grenzregiment 33 war, als IM der Linie "Abwehr" der Hauptabteilung I primär seine Kameraden zu beobachten hatte und bedarfsweise unter dem Decknamen "GI Richard" auch über seine Nachbarn berichtete. Dabei ging es auch um die Denunziation der angeblich geplanten DDR-Flucht des besten Freundes des Nachbarjungen, dem Stiefsohn eines in der Fennstraße wohnenden Mitglieds der SED-Bezirksleitung. "Richards" Treffen mit seinem Führungsoffizier fanden teilweise in der NVA-Druckerei in der Schnellerstraße und auf dem Bahnhofsvorplatz Schöneweide statt, wo der Hauptmann in einem Pkw auf ihn wartete. Eine genauere Betrachtung der damaligen Bewohner der Nr. 21 ergibt zudem, daß es sich gar nicht ausschließlich um NVA-Angehörige handelte, wie vom zuständigen Sachbearbeiter des MfS notiert. Vielleicht hatte sich dieser Sachbearbeiter einfach vor der zusätzlichen Arbeit gedrückt. Einer der Bewohner des vermeintlich nur von NVA-Angehörigen bewohnten Eingangs, 1950 aus der SED ausgeschlossen, war sogar ein früherer politischer Häftling, der im Oktober 1953 vom Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte nach "Direktive 38" wegen "Gefährdung des Friedens" zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, weil er aus Verbitterung über seinen Parteiausschluß eine Mitarbeiterin des "RIAS" in West-Berlin gegen Westgeld mit Informationen aus seinem Betrieb versorgt hatte.<sup>19</sup>

Daß das MfS regelmäßig auch SED-Genossen überprüfte, die als besonders zuverlässig galten, kann am Fall des ebenfalls in der Nr. 21 wohnhaften Hausbuch-Beauftragten dokumentiert werden. Mitte Dezember 1982 befragte ein Mitarbeiter der HA VIII "Richard" und dessen Ehefrau als "Auskunftspersonen" (AKP) über deren Nachbarn, den Hausbuch-Beauftragten. Es ging um dessen Verhalten im Wohngebiet und eine "Persönlichkeitseinschätzung". Diese Angaben waren erforderlich, weil das MfS den Sohn des besagten Hausbuch-Beauftragten als hauptamtlichen Mitarbeiter einzustellen gedachte. Um dieses "Kaderinteresse" zu befriedigen, bat der mit der Informationsbeschaffung betraute Mitarbeiter der HA VIII neben "Richard" und seiner Frau auch die Ehefrau des HGL-Vorsitzenden der Nr. 21, eine 72jährige Rentnerin, um Auskunft über den Sohn des Hausbuch-Beauftragten, die bereitwillig erteilt wurde. Zu allen drei AKP vermerkte der MfS-Mitarbeiter, sie könnten auch bei zukünftigen Nachforschungen herangezogen werden, zuzüglich des Genossen HGL-Vorsitzenden.

Zwischenfazit: Wollten staatliche Stellen, insbesondere die DDR-Geheimpolizei, Informationen über DDR-Bürger erlangen, griff man nicht primär auf inoffizielle Mitarbeiter zurück. Das war gar nicht erforderlich. Stattdessen wurden die jeweiligen ABV, die Hausbuch-Beauftragten (HBB) und geeignete Auskunftspersonen (AKP) aus dem unmittelbaren Wohnumfeld mit mehr oder weniger phantasiereichen Begründungen befragt. Bei Hausbuch-Beauftragten konnte auf die Legenden auch ganz verzichtet werden, es genügte, einen Dienstausweis vorzuzeigen, um Einsicht zu erhalten. Die bisherigen Erkenntnisse aus der Treptower Stichprobe des Verfassers zeigen, daß viele, aber keineswegs alle HBB zugleich auch vom MfS angeworben worden waren. Häufig wohnten die HBB im Erdgeschoß, weil sich die Häuser vor dort aus am einfachsten überwachen ließen – es sind allerdings auch Fälle aus höheren Etagen bekannt. Das MfS

18 BStU MfS AIM 5992/89 (I/I), S. 52.

19 BStU MfS HA IX 3898, S. 43 ff.; BStU MfS AS 194/74 Nr. 461/53.

war grundsätzlich sehr an konspirativen Wohnungen im Erdgeschoß interessiert, weil die übrigen Hausbewohner so kaum den IM und ihren Führungsoffizieren beim Betreten und Verlassen der Gebäude über den Weg laufen konnten. Bei KW in höheren Etagen bestand das Risiko, daß die Begehung von Treppenhäusern durch IM und deren Führungsoffiziere bei fehlender oder unzureichender geheimdienstlicher Legendierung früher oder später von den Anwohnern durchschaut werden konnte, womit die KW dann verloren war. Wieweit und aus welchen Gründen das MfS an der Anwerbung von WPO- und WBA-Funktionären, von ABV, HGL-Vorsitzenden, VdN-Genossen und HBB interessiert war, und welche Linien des MfS sich in der "roten Meile" vor allem betätigten, soll im zweiten Teil dieses Aufsatzes untersucht werden.